



STATEMENT

Berlin, 21. April 2026

„Wir haben es satt!“-Bündnis zu Lehren aus dem Iran-Krieg

Landwirtschaft und Ernährung jetzt krisensicher machen!

Abhängigkeit von fossiler Energie kommt Bäuer*innen und Verbraucher*innen teuer zu stehen – in Deutschland und weltweit. Bundesregierung muss rückwärtsgewandte Politik stoppen. Lösungen liegen schon lange auf dem Tisch.

In tiefer Sorge blicken wir auf den Krieg im Nahen Osten. Es gab bereits unzählige Angriffe auf die Zivilbevölkerung: Tausende Menschen wurden getötet, zudem Straßen, Krankenhäuser und Märkte bombardiert. Die Folgen der völkerrechtswidrigen Militärschläge sehen wir auch global: **Es droht eine neue Ernährungskrise aufgrund explodierender Öl- und Gaspreise.** Treibstoff wird so teuer, dass Ernten nicht mehr zum Markt gebracht werden. Unterbrochene Lieferketten sorgen für leere Regale in Ländern, die von Importen abhängig sind, und erschweren den Transport von Hilfsgütern in Krisenregionen. Und auch die Nahrungsmittelproduktion wird für viele unbezahlbar: Erdgas macht als Rohstoff und Energiequelle bis zu 80 Prozent der Kosten für Stickstoffdünger aus – dem am meisten verwendeten Dünger weltweit. Die Folgen sind Ernährungsunsicherheit und Hunger.

Wir erleben eine Krise mit Ansage. Das industrielle Agrar- und Ernährungssystem ist in hohem Maße abhängig von fossiler Energie und globalen Lieferketten. Extreme Preisschwankungen auf dem Weltmarkt führen zu höheren Preisen an der Ladentheke – somit schadet dieses System uns allen, insbesondere Menschen in Armut. Nur wenige profitieren, etwa große Importeure oder Düngemittelkonzerne.

Die wirtschaftliche Existenz von den Landwirt*innen und Höfen, die unter den aktuellen Verwerfungen leiden, sichern wir langfristig nicht durch wieder billig gemachten Dünger und Diesel. Vielmehr muss die Abhängigkeit vom auch in Deutschland weit verbreiteten Stickstoffdünger deutlich reduziert werden. **Wir brauchen die Transformation zu agrarökologischen Systemen mit lokalen Stoffkreisläufen.** Ein Beispiel dafür ist der Ökolandbau, der ohne chemisch-synthetischen Dünger auskommt. Wer Ernährungssicherheit will, braucht ökologischere Landwirtschaft und starke regionale Strukturen – keine hohen Gewinne der fossilen Industrie.

Dazu gehören auch wirksame Maßnahmen gegen strukturelle Nährstoffüberschüsse: Die industrialisierte Tierhaltung produziert in viehdichten Regionen weit mehr Wirtschaftsdünger, als die verfügbare Fläche aufnehmen kann. Das belastet Grundwasser, Böden und Klima. Hinzu kommt: Rund 60 bis 70 Prozent der deutschen Ackerfläche werden für den Anbau von Futtermitteln genutzt. Damit ist übermäßiger Fleischkonsum ein Treiber ineffizienter Flächennutzung und unnötigen Düngemiteleinsatzes. Wer die Abhängigkeit von fossilen Mineraldüngern verringern will, muss auch die Nachfrageseite adressieren: Eine Ernährungswende hin zu mehr pflanzlichen Lebensmitteln und die konsequente Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sind integrale Bestandteile einer krisensicheren Agrarpolitik.

Die Bundesregierung setzt dagegen auf Exportförderung, Freihandelsabkommen und wachsende Abhängigkeit vom Weltmarkt. Sie bereitet den Weg für umweltschädliche Überdüngung und mehr Pestizide. Zudem kürzt sie das Geld für Entwicklungszusammenarbeit. **Dieser Irrweg rächt sich jetzt** – und wird zu weiteren Ernährungskrisen führen, wenn die Politik nicht die Lehren aus der Vergangenheit zieht: Krisensichere, resiliente Ernährungssysteme basieren auf regionalen Wertschöpfungsketten und sind vom Weltmarkt möglichst unabhängig.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- **Ernährungssicherheit und Recht auf Nahrung verwirklichen** durch Förderung von agrarökologischen Ansätzen, regionalen Wertschöpfungsketten und lokalen Stoffkreisläufen – Schluss mit der exportfixierten Agrarpolitik!
- **Betriebe und Höfe stärken** durch mehr Geld für Umwelt-, Klima- und Tierschutz – insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP)
- **Ernährungsarmut bekämpfen** durch höhere Regelsätze, die eine vollwertige, ökologische Ernährung ermöglichen, und Maßnahmen gegen steigende Lebensmittelpreise
- **Internationale Verantwortung wahrnehmen** durch mehr Geld für humanitäre Hilfe, eine Stärkung des UN-Ausschusses für Welternährung (CFS) und eine menschenrechtsbasierte Entwicklungszusammenarbeit – klare Haltung bei Völkerrechtsbrüchen!

Seit mehr als 15 Jahren geht das „Wir haben es satt!“-Bündnis für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende auf die Straße. Es mangelt nicht an Konzepten und Expertise für die agrarökologische Transformation – weder bei den Landwirt*innen noch bei der Zivilgesellschaft. **Die Bundesregierung ist jetzt in der Pflicht, ihre rückwärtsgewandte Politik zu stoppen und den längst überfälligen Umstieg zu einer krisensicheren, zukunftsfähigen Landwirtschaft zu beginnen!**

Das „Wir haben es satt!“-Bündnis besteht aus rund 60 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung, Klima-, Tier- und Umweltschutz, Wohlfahrt, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Seit 2011 demonstriert es gemeinsam für eine sozial gerechte Agrar- und Ernährungswende.

